

Ulrich Eisenhardt
Jörg Hofmeister

Einführung in das Bürgerliche Recht

Ein Studien- und Übungsbuch

8. Auflage

utb 2441



Eine Arbeitsgemeinschaft der Verlage

Brill | Schöningh – Fink · Paderborn –
Vandenhoeck & Ruprecht · Göttingen – Böhlau · Wien · Köln
Verlag Barbara Budrich · Opladen · Toronto
facultas · Wien
Walter de Gruyter · Berlin · Boston
Haupt Verlag · Bern
Verlag Julius Klinkhardt · Bad Heilbrunn
Mohr Siebeck · Tübingen
Narr Francke Attempto Verlag – expert verlag · Tübingen
Psychiatrie Verlag · Köln
Psychosozial-Verlag · Gießen
Ernst Reinhardt Verlag · München
transcript Verlag · Bielefeld
Verlag Eugen Ulmer · Stuttgart
UVK Verlag · München
Waxmann · Münster · New York
wbv Publikation · Bielefeld
Wochenschau Verlag · Frankfurt am Main

Ulrich Eisenhardt
Jörg Hofmeister

Einführung in das Bürgerliche Recht

Ein Studien- und Übungsbuch

8., überarbeitete Auflage 2026

facultas

Ulrich Eisenhardt, Jahrgang 1937, Studium der Rechtswissenschaft in Göttingen und Bonn. 1961 Erstes und 1965 Zweites juristisches Staatsexamen. 1964 Promotion in Bonn, 1970 Habilitation ebendort mit der *venia legendi* für Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Deutsche Rechtsgeschichte und Verfassungsgeschichte der Neuzeit. Nach Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten in Saarbrücken und München 1972 Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Bonn für Bürgerliches Recht, Handelsrecht und Deutsche Rechtsgeschichte. Seit 1975 ordentlicher Professor an der Juristischen Fakultät der Fernuniversität in Hagen, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Unternehmensrecht, sowie Deutsche Rechtsgeschichte. 1992 Mitgründer der Juristischen Fakultät der Heinrich Heine-Universität in Düsseldorf. Lehrtätigkeit dortselbst bis 2000. Emeritierung 2002. Vorstand des Instituts für Japanrecht und des Kurt Haertel-Instituts für Geistiges Eigentum an der Juristischen Fakultät der Fernuniversität in Hagen. 2006 Verleihung der Ehrendoktorwürde der Panteion-Universität in Athen. Zahlreiche Veröffentlichungen zum Zivilrecht und zur Rechtsgeschichte, u.a.: Eisenhardt/Wackerbarth, Gesellschaftsrecht I. Recht der Personengesellschaften. Mit Grundzügen des GmbH- und des Aktienrechts. 17. Aufl. 2022; Wackerbarth/Eisenhardt, Gesellschaftsrecht II. Recht der Kapitalgesellschaften. Mit Bezügen zum Bilanz-, Insolvenz- und Kapitalmarktrecht. 2. Aufl. 2018; Eisenhardt/Amend-Traut, Deutsche Rechtsgeschichte. Die Entwicklung einer Rechtsordnung in Europa, 8. Aufl. 2024; 100 Jahre BGB. Zur Offenheit und Leistungsfähigkeit des deutschen Zivilrechts, in: Jur. Zeitgesch., Kleine Reihe Bd. 1, 2001, S. 3 ff.; Kaiserliche Gerichtsprivilegien. Ihre Bedeutung für die Entwicklung der Rechtspflege im Alten Reich. Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich (QFHG), Bd. 78, 2023.

Jörg Hofmeister, Jahrgang 1969, Studium der Rechtswissenschaften in Bochum. 1995 Erstes und 1997 Zweites juristisches Staatsexamen. 2001 Promotion an der FernUniversität in Hagen. Geschäftsführender Direktor des Kurt Haertel Instituts für geistiges Eigentum seit 2001 und zugelassener Rechtsanwalt seit 2003. Lehrbeauftragter der „UE“ (University of Europe for Applied Sciences) von 2017 bis 2021. Seit 2023 Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Südwestfalen. Mehrere Veröffentlichungen von Aufsätzen u.a. zum nationalen und internationalen Gesellschaftsrecht sowie zum Wettbewerbs- und Markenrecht. Zudem folgende Buchbeiträge: Die Haftung von Gesellschaftern und Organen ausländischer Gesellschaften mit Verwaltungssitz im Inland nach deutschem Recht, S. 421 ff. in: Festschrift für Ulrich Eisenhardt, C.H. Beck, München 2007; Die UWG-Reform 2015 – ein Überblick über die Neuregelungen und Auswirkungen auf anwaltliches berufsrechtliches Fehlverhalten, S. 179 ff., in der Festschrift: 50 Jahre Patentanwaltsordnung, Carl Heymanns Verlag 2017; Die Reform des Personengesellschaftsrechts und ihre Bedeutung für freiberufliche Berufsausübungsgesellschaften, S. 105 ff., in der Festschrift: 125 Jahre Patentanwaltschaft, Carl Heymanns Verlag 2025; Kommentierung der §§ 100–109, 123–125 und 126–128b PatG; Art. 122, 125–132 EPÜ, in: Fitzner/Kubis/Metzger (Hg.), Beck'scher Online Kommentar Patentrecht, 37. Edition München 2025.

Online-Angebote oder elektronische Ausgaben sind erhältlich unter www.utb-shop.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Angaben in diesem Fachbuch erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr, eine Haftung der Autoren oder des Verlages ist ausgeschlossen.

8., überarbeitete Auflage

© 2026 Facultas Verlags- und Buchhandels AG

facultas Universitätsverlag, A-1050 Wien

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und der Verbreitung sowie der Übersetzung, sind vorbehalten.

Satz: Facultas Verlags- und Buchhandels AG

Printed in EU

e-ISBN 978-3-8385-6649-8

ISBN: 978-3-8252-6649-3

Vorwort zur 8. Auflage

Die „Einführung in das Bürgerliche Recht“ ist als Studienbuch für Studierende der Rechtswissenschaft gedacht, die sich in der Anfangsphase des Studiums in den Stoff der ersten drei Bücher des BGB einarbeiten müssen. Es wendet sich darüber hinaus auch an Studierende der Wirtschaftswissenschaft und anderer Fachrichtungen, die sich mit dem Zivilrecht befassen müssen.

Nach dem didaktischen Konzept des Buches sollen die Studierenden möglichst rasch in das System des Privatrechts eingeführt werden und das notwendige Rüstzeug erhalten, um mit dem Gesetzestext selbständig arbeiten, d.h. Lösungen für juristische Probleme finden zu können. Dafür ist es unerlässlich, dass sie sich die Methodik der Fallbearbeitung aneignen. Das Buch enthält deshalb am Schluss eine Anleitung zur Anfertigung juristischer Gutachten und im Text eine Vielzahl von Übungsfällen (Selbsttestaufgaben), die gelöst werden sollen. Der zu lösende Fall steht jeweils am Anfang eines Kapitels; die erarbeitete Lösung sollte anschließend mit der am Schluss des jeweiligen Kapitels angebotenen Lösung verglichen werden.

Für die 8. Auflage dieses Buches waren viele Ergänzungen und Überarbeitungen notwendig. Die Darbietung des Stoffes folgt nach wie vor der herkömmlichen Methode der Zivilrechtslehre. Allerdings ist wegen der Umsetzung von Richtlinien der Europäischen Union, die das Privatrecht betreffen, auch die fortschreitende Europäisierung des Privatrechts zu betonen. Das wird besonders deutlich bei der Verstärkung des Verbraucherschutzes, u.a. mit den Ergänzungen zum Verbrauchsgüterkauf, den Vorschriften über den Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr und die Einfügung von gesetzlichen Regeln betreffend die Verträge über digitale Produkte.

Hagen, im Januar 2026

Ulrich Eisenhardt
Jörg Hofmeister

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage V

Verzeichnis der geläufigsten Abkürzungen XXV

Verzeichnis der häufiger zitierten Literatur XXIX

§ 1 Das bürgerliche Recht im System des deutschen Rechts 1

 I. Einleitung 1

 II. Das bürgerliche Recht als Kern des deutschen Privatrechts 2

 1. Der Begriff des bürgerlichen Rechts 2

 2. Überblick über den Inhalt der fünf Bücher des BGB 3

 III. Die Europäisierung des Privatrechts 5

§ 2 Grundprinzipien des deutschen Privatrechts 6

 I. Der Grundsatz der formalen Gleichbehandlung 6

 II. Der Grundsatz der Privatautonomie 7

 1. Privatautonomie und Rechtsgeschäft 7

 2. Privatautonomie und vertragliche Schuldverhältnisse 8

 3. Grenzen der Privatautonomie 9

 4. Einschränkungen durch Verbraucherrecht 11

 5. Zwingendes und dispositives Recht 12

 III. Das Privateigentum und seine Bedeutung für die Privatrechtsordnung 12

 IV. Der Vertrauensgrundsatz 13

§ 3 Rechtsgeschäft und Willenserklärung 14

 I. Der Begriff Rechtsgeschäft 15

 II. Die Willenserklärung 16

 1. Überblick 16

 2. Der objektive Tatbestand einer Willenserklärung 17

 3. Der subjektive Tatbestand einer Willenserklärung 18

 4. Bewusste Willensmängel 20

 5. Willenserklärungen und unverbindliche Erklärungen 21

§ 4 Das Wirksamwerden von Willenserklärungen 23

 I. Die Empfangsbedürftigkeit von Willenserklärungen 23

 II. Der Zugang 23

 1. Willenserklärungen unter Anwesenden 23

 2. Willenserklärungen unter Abwesenden 24

 III. Der Widerruf von Willenserklärungen 26

§ 5 Das Zustandekommen eines Vertrages	27
I. Vertrag und Schuldverhältnis	28
II. Das Entstehen eines Vertrages durch Angebot und Annahme	29
1. Überblick	29
2. Das Angebot zum Abschluss eines Vertrages	30
3. Die Annahme eines Angebots	34
III. Besonderheiten des Vertragsschlusses im Internet	39
1. Der Vertrag im elektronischen Geschäftsverkehr	39
2. Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr	40
3. Die Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen bei Abschluss eines Vertrages im elektronischen Geschäftsverkehr	41
4. Die Ersteigerung von Waren bei Internet-Auktionen	42
IV. Die Bedeutung des Schweigens im Rechtsverkehr	42
1. Stillschweigen und Willenserklärung	42
2. Das Schweigen auf ein kaufmännisches Bestätigungsschreiben	43
V. Unverlangt zugeschickte Warensendungen und Vertragsschluss	45
1. Überblick	45
2. Die Regelung des § 241a	46
VI. Der Vorvertrag	47
 § 6 Der Dissens (Einigungsmangel)	49
I. Der offene Dissens	49
II. Der versteckte Dissens	50
 § 7 Allgemeine Geschäftsbedingungen als Bestandteile von Verträgen	51
I. Überblick	51
II. Die Gegenstände Allgemeiner Geschäftsbedingungen	52
III. Die Vorschriften des BGB zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	53
1. Das rechtspolitische Ziel	53
2. Der Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (§ 305 Abs. 1)	53
3. Der Vorrang von Individualabreden	55
4. Die Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen in den Vertrag	56
IV. Die Bezugnahme beider Vertragsparteien auf die eigenen Allgemeinen Geschäftsbedingungen	58
 § 8 Die Auslegung	60
I. Überblick	61
II. Die Auslegung von Willenserklärungen	61
III. Die Auslegung von Verträgen	62
1. Überblick	62

2. Die erläuternde Vertragsauslegung	63
3. Die ergänzende Vertragsauslegung	64
IV. Die Auslegung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	66
§ 9 Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte	67
I. Überblick	67
II. Das Trennungsprinzip	68
III. Das Abstraktionsprinzip	69
§ 10 Rechtsfähigkeit und Geschäftsfähigkeit	71
I. Die Rechtsfähigkeit	71
1. Überblick	71
2. Juristische Personen	72
II. Die Geschäftsfähigkeit	73
1. Der Begriff der Geschäftsfähigkeit	73
2. Abgrenzung zur Deliktsfähigkeit	73
III. Der Schutz der Geschäftsunfähigen	74
1. Überblick	74
2. Die gesetzlichen Regelungen zum Schutze der Geschäftsunfähigen	74
3. Die gesetzlichen Vertreter der Geschäftsunfähigen	75
IV. Der Schutz der beschränkt geschäftsfähigen Personen	76
1. Die Wirkung der von Minderjährigen vorgenommenen Rechtsgeschäfte	76
2. Die Auflösung des Schwebezustandes gemäß §§ 108, 109	77
3. Die Regel des § 107	78
4. Der Sondertatbestand des § 110	81
5. Das Wirksamwerden einer dem Minderjährigen zugehenden Willenserklärung (§ 131 Abs. 2)	82
V. Die gesetzlichen Vertreter der in ihrer Geschäftsfähigkeit beschränkten Personen	83
VI. Die partielle Geschäftsfähigkeit	83
1. Der selbständige Betrieb eines Erwerbsgeschäftes	83
2. Dienst- und Arbeitsverhältnisse von Minderjährigen	83
VII. Die Betreuung	84
§ 11 Die Form	85
I. Das Prinzip der Formfreiheit	86
II. Die vom Gesetz vorgeschriebene Form	87
1. Die einfache Schriftform	87
2. Elektronische Form und Textform	88
3. Die öffentliche Beglaubigung	89
4. Die notarielle Beurkundung	90

5. Die völlige Eigenhändigkeit einer Urkunde	91
III. Die vereinbarte Schriftform	91
IV. Die Folgen des Formmangels	91
§ 12 Die Nichtigkeit von Rechtsgeschäften	93
I. Überblick	93
II. Der Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134)	94
1. Die gesetzliche Regelung	94
2. Die Folgen eines Verstoßes gegen ein gesetzliches Verbot	95
III. Sittenwidrige Geschäfte (§ 138)	96
1. Überblick	96
2. Die Generalklausel des § 138 Abs. 1	96
3. Die Anwendung des § 138 Abs. 1 in der Praxis	98
4. Der Wucher	100
5. Wucherähnliche Rechtsgeschäfte	101
IV. Die Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	102
1. Überblick	102
2. Grundlagen der Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen	102
3. Beispiele für einzelne Klauselverbote	104
4. Die Generalklausel des § 307	105
5. Rechtsfolgen der Unwirksamkeit Allgemeiner Geschäftsbedingungen	106
6. Überraschende Klauseln	107
7. Einschränkungen bei der Anwendung der §§ 305 bis 309	108
§ 13 Die Anfechtbarkeit von Willenserklärungen	108
I. Überblick	109
II. Die Anfechtung wegen Irrtums	
Die unbewusste Nichtübereinstimmung von Wille und Erklärung	109
1. Überblick	109
2. Die Anfechtung wegen Erklärungs- oder Inhaltsirrtums	110
3. Die Anfechtung wegen Irrtums über verkehrswesentliche Eigenschaften einer Person oder Sache	113
III. Die Anfechtung wegen Willensbeeinflussung durch arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	116
1. Die Willensbeeinflussung und die Folgen	116
2. Die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	117
3. Die Täuschung durch Dritte (§ 123 Abs. 2)	119
IV. Die Anfechtung wegen widerrechtlicher Drohung	120
1. Die Drohung	120
2. Die Widerrechtlichkeit	121

3. Die subjektiven Voraussetzungen	122
V. Fristgemäße Anfechtungserklärung gegenüber dem Anfechtungsgegner	122
VI. Die Schadensersatzpflicht des Anfechtenden gemäß § 122	123
§ 14 Teilnichtigkeit, Umdeutung und Bestätigung von Rechtsgeschäften	124
I. Die Teilnichtigkeit von Rechtsgeschäften	125
1. Überblick	125
2. Die Teilbarkeit des Rechtsgeschäfts	125
3. Parteiwille und Auslegung	126
4. Das Problem der Fehleridentität	126
5. Die Füllung einer Lücke	127
6. Die Sonderregelung in § 306	127
II. Die Umdeutung (§ 140)	128
III. Die Bestätigung (§ 141)	128
§ 15 Die Stellvertretung	130
I. Überblick und Abgrenzung	130
1. Unmittelbare und mittelbare Vertretung	130
2. Stellvertreter und Bote	132
II. Die gesetzliche Vertretung	133
III. Die unmittelbare Stellvertretung	134
1. Begriff und Wirkung	134
2. Das Offenkundigkeitsprinzip	135
3. Das Handeln unter fremdem Namen	137
4. Die Wirkungen der Stellvertretung	138
5. Willensmängel und ihre Folgen (§ 166)	139
6. Die Erteilung der Vollmacht	140
7. Das Innenverhältnis	141
8. Das Erlöschen der durch Rechtsgeschäft erteilten Vertretungsmacht	142
9. Duldungs- und Anscheinsvollmacht	144
IV. Das Insihgeschäft (§ 181)	147
V. Die Vertretung ohne Vertretungsmacht	148
1. Möglichkeiten der Vertretung ohne Vertretungsmacht	148
2. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Vertretenen und dem Dritten	149
3. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Vertreter ohne Vertretungsmacht und dem Dritten	150
§ 16 Zustimmungspflichtige Rechtsgeschäfte	152
I. Überblick und Begriffsbestimmung	152
II. Die Wirkung der Genehmigung	153
III. Die Verfügung eines Nichtberechtigten und die Zustimmung	154

1. Überblick	154
2. Wirksame Verfügung eines Nichtberechtigten mit Zustimmung des Berechtigten	154
3. Wirksame Verfügung eines Nichtberechtigten ohne Zustimmung des Berechtigten	155
IV. Die Ermächtigung	155
§ 17 Die Bedingung	157
I. Der Begriff und die Wirkung der Bedingung	157
II. Arten der Bedingung	158
1. Die aufschiebende Bedingung	158
2. Die auflösende Bedingung	159
3. Echte und unechte Bedingung	159
4. Bedingungsfeindliche Willenserklärungen	160
III. Die Rechtslage während der Schwebezeit	160
IV. Die treuwidrige Einflussnahme auf Eintritt oder Ausfall der Bedingung (§ 162)	162
§ 18 Die Verjährung	162
I. Der Sinn der Verjährung	163
II. Die Verjährungsfristen	163
III. Der Beginn und die Berechnung der Verjährungsfristen	164
IV. Vereinbarungen über die Verlängerung und Verkürzung von Verjährungsfristen	165
V. Die Hemmung der Verjährung	166
1. Überblick	166
2. Die Hemmung	166
VI. Der Neubeginn der Verjährung	167
VII. Ausschlussfristen	168
VIII. Fristen und Termine	168
1. Überblick	168
2. Einzelne Bestimmungen	169
§ 19 Rechtssubjekte und subjektive Rechte	170
I. Rechtssubjekte	170
1. Der Personenbegriff des BGB	170
2. Der Schutz der Persönlichkeit	171
II. Subjektive Rechte	175
1. Subjektives Recht und objektives Recht	175
2. Begriff und Arten der subjektiven Rechte	175
3. Die Grenzen der Durchsetzbarkeit subjektiver Rechte	178
4. Die erlaubte Verteidigung subjektiver Rechte	179

§ 20 Rechtsobjekte	180
I. Überblick	180
II. Sachen	180
1. Begriff und Arten von Sachen	180
2. Verbindungen von Sachen	182
III. Rechte	184
IV. Nutzungen	185
1. Überblick	185
2. Früchte	185
3. Gebrauchsvorteile	185
V. Gesamtheiten von Sachen und Rechten	186
1. Das Vermögen	186
2. Das Unternehmen	186
VI. Digitale Produkte	187
 § 21 Einführung in das Recht der unerlaubten Handlungen	188
I. Überblick	188
II. Rechtswidrigkeit und Verschulden	190
1. Das Verschulden als Zurechnungsgrund	190
2. Die Rechtswidrigkeit	193
III. Die Verletzung von Rechtsgütern und absoluten Rechten im Sinne des § 823 Abs. 1	194
1. Die Voraussetzungen für das Entstehen eines Schadensersatzanspruches gemäß § 823 Abs. 1	194
2. Die geschützten Rechtsgüter	195
IV. Der Schaden	196
1. Die Definition des Schadens	196
2. Vermögensschaden und Nichtvermögensschaden	197
V. Der ursächliche Zusammenhang	197
1. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	197
2. Die adäquate Kausalität	198
VI. Der Gegenstand der Schadensersatzverpflichtung	199
1. Überblick	199
2. Die Schadensberechnung	200
VII. Die Verletzung eines Schutzgesetzes gemäß § 823 Abs. 2	207
1. Überblick	207
2. Die Voraussetzungen für das Entstehen eines Anspruchs aus § 823 Abs. 2	208
3. Schutzgesetze im Sinne des § 823 Abs. 2	208
VIII. Die sittenwidrige Schädigung gemäß § 826	209
1. Überblick	209
2. Der Verstoß gegen die guten Sitten	209

3. Der Vorsatz	210
IX. Die Verletzung von Verkehrssicherungspflichten (Verkehrspflichten)	210
X. Die Haftung mehrerer Personen	212
1. Überblick	212
2. Tatbeteiligte (§ 830)	212
3. Die Haftung der Beteiligten als Gesamtschuldner	212
XI. Die Haftung für Verrichtungsgehilfen	213
1. Überblick	213
2. Verrichtungsgehilfe	214
3. Unerlaubte Handlung des Verrichtungsgehilfen	214
4. Schadenszufügung in Ausführung der Verrichtung	214
5. Das Verschulden des Geschäftsherrn (Unternehmers) und der Exkulpationsbeweis	215
XII. Unterlassungsansprüche	216
1. Überblick	216
2. Die analoge Anwendung des § 1004	217
3. Die Voraussetzungen für eine Unterlassungsklage	217
§ 22 Die Gefährdungshaftung	221
I. Die Haftung auch ohne Verschulden (Verschuldensunabhängige Haftung)	221
II. Beispiele für Gefährdungshaftungstatbestände	223
1. Die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz	223
2. Die Haftung nach dem Umwelthaftungsgesetz	223
§ 23 Die Staatshaftung (Amtshaftung) nach § 839 i.V.m. Art. 34 GG	223
I. Überblick	223
II. Übernahme der Haftung durch den Staat nach Art. 34 GG	224
III. Amtspflicht und Drittbezogenheit	224
IV. Subsidiarität der Amtshaftung	225
V. Das Spruchrichterprivileg	225
§ 24 Der Inhalt vertraglicher Schuldverhältnisse	226
I. Die Gläubiger- und Schuldnerstellung	226
1. Überblick	226
2. Der Schuldner	227
3. Der Gläubiger	227
II. Gegenseitig verpflichtende Verträge und nicht gegenseitig verpflichtende Verträge	228
1. Überblick	228
2. Die primären Leistungspflichten	228

3. Die Schutz- bzw. weiteren Verhaltenspflichten	229
III. Die Inhaltsbestimmung von Schuldverhältnissen	230
1. Überblick	230
2. Die Bestimmung des Leistungsinhalts durch eine Partei	230
3. Die Bestimmung des Leistungsinhalts durch Dritte	231
IV. Gattungs- und Stückschuld	231
1. Die Unterscheidung	231
2. Die Konkretisierung	232
V. Die Leistungszeit	233
VI. Der Leistungsort	234
1. Überblick	234
2. Die Holschuld (§ 269)	234
3. Die Bringschuld	234
4. Die Schickschuld	235
VII. Leistungsverweigerungsrechte	235
1. Überblick	235
2. Die Einrede des Zurückbehaltungsrechts gemäß § 273	236
3. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages gemäß § 320	237
4. Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht	237
§ 25 Das Erlöschen von Schuldverhältnissen	238
I. Überblick	238
II. Die Erfüllung	239
1. Die Erfüllung gemäß § 362	239
2. Die Leistung an Erfüllung Statt	240
3. Die Leistung erfüllungshalber	241
III. Die Beendigung des vertraglichen Schuldverhältnisses durch Zeitablauf	241
IV. Die Aufhebung und Änderung eines Schuldverhältnisses	242
V. Der Rücktritt vom Vertrag	243
1. Überblick	243
2. Die Ausübung des Rücktrittsrechts und die Folgen	243
3. Das vertraglich vereinbarte Rücktrittsrecht	246
4. Das gesetzliche Rücktrittsrecht (§§ 323 ff.)	246
VI. Die Kündigung	248
1. Die Kündigung und ihre Wirkung	248
2. Das außerordentliche Kündigungsrecht aus wichtigem Grund	249
3. Der Kündigungsbutton	249
VII. Das Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen und besonderen Vertriebsformen	250
1. Überblick	250
2. Die Voraussetzungen für die Ausübung des Widerrufsrechts	250

3. Die Ausübung des Widerrufsrechts	251
4. Die Rechtsfolgen des Widerrufs	252
VIII. Vertragsbeendigung	253
IX. Die Aufrechnung	253
1. Der Sinn der gesetzlichen Aufrechnungsregelung	253
2. Die Voraussetzungen für eine Aufrechnung	254
3. Ausschluss der Aufrechnung	254
4. Erklärung und Wirkung der Aufrechnung	254
5. Der Aufrechnungsvertrag	255
X. Die Hinterlegung	255
1. Überblick	255
2. Die Hinterlegungsvoraussetzungen	255
3. Der Selbsthilfeverkauf	256
XI. Der Erlassvertrag	256
XII. Das negative Schuldanerkennntnis	257
 § 26 Pflichtverletzungen (Störungen im Schuldverhältnis)	 258
I. Einführung	258
1. Überblick	258
2. Pflichtverletzung und mangelhafte Leistung	260
II. Das Vertretenmüssen	261
1. Überblick	261
2. Die Haftung für fremdes Verschulden (Erfüllungsgehilfen)	261
3. Die Übernahme einer Garantie oder eines Beschaffungsrisikos	264
III. Die Unmöglichkeit	265
1. Überblick über die verschiedenen Störungen im Schuldverhältnis	265
2. Der Begriff der Unmöglichkeit	265
3. Die vom Schuldner nicht zu vertretende Unmöglichkeit	266
4. Die vom Schuldner zu vertretende Unmöglichkeit	268
5. Die Teilungsmöglichkeit	273
IV. Das vom Gläubiger zu vertretende Unmöglichwerden der Leistung	274
V. Die Pflichtverletzung in Gestalt der Verzögerung der Leistung durch den Schuldner (Schuldnerverzug)	275
1. Überblick	275
2. Festhalten am Vertrag und Ersatz des Verzögerungsschadens	276
3. Der Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung und das Rücktrittsrecht des Gläubigers	282
4. Das Fixgeschäft (§ 323 Abs. 2 Nr. 2)	284
VI. Die Vertragsstrafe	285
1. Überblick	285
2. Die Verwirkung der Vertragsstrafe	286

3. Die Höhe der Vertragsstrafe und die Forderung nach Schadensersatz	286
VII. Pflichtverletzungen in Gestalt von Schlechtleistungen und Verletzung von Nebenpflichten (Schutzpflichten)	287
1. Schlechtleistung	287
2. Die Verletzung von Nebenpflichten	288
3. Die Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis im Sinne von § 241 Abs. 2	289
4. Die Rechtsfolgen	291
VIII. Pflichtverletzungen im vorvertraglichen Schuldverhältnis (Verschulden bei Vertragsschluss)	292
1. Überblick	292
2. Pflichten aus einem vorvertraglichen Schuldverhältnis zwischen potenziellen Vertragspartnern	293
3. Pflichten aus einem Schuldverhältnis mit einem Dritten, der nicht Vertragspartei werden soll (§ 311 Abs. 3)	296
IX. Störungen der Geschäftsgrundlage	
Das Fehlen und der Wegfall der Geschäftsgrundlage (§ 313)	297
1. Überblick	297
2. Risikoverteilung und Vorrang der Auslegung	297
3. Die Rechtsfolgen des Fehlens und des Wegfalls der Geschäftsgrundlage	298
X. Der Gläubigerverzug (Annahmeverzug)	300
1. Der Eintritt des Annahmeverzuges	300
2. Die Folgen des Gläubigerverzuges	300
§ 27 Die Beteiligung Dritter an einem Schuldverhältnis	302
I. Überblick	302
II. Die Abtretung von Forderungen und anderen Rechten	303
1. Die Forderung	303
2. Die rechtsgeschäftliche Übertragung einer Forderung	303
3. Die Abtretung anderer Rechte	310
4. Der Forderungsübergang kraft Gesetzes	310
III. Die Schuldübernahme	311
1. Überblick	311
2. Die befreiende Schuldübernahme	311
3. Die Schuldmitübernahme (Schuldbeitritt)	312
4. Die Erfüllungsübernahme	313
IV. Der Vertrag zugunsten Dritter	313
1. Überblick	313
2. Deckungs- und Valutaverhältnis	313
3. Abgrenzungen	314

4. Einwendungen und Einreden	314
5. Pflichtverletzungen im Deckungsverhältnis	314
6. Pflichtverletzungen des Dritten	315
7. Der Vertrag zu Lasten Dritter	316
V. Der Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	316
1. Überblick	316
2. Die Voraussetzungen für das Entstehen eines Vertrages mit Schutzwirkung für Dritte	316
3. Die Rechtsfolgen	318
§ 28 Gesamtschuldner und Gesamtgläubiger	319
I. Gesamtschuldner	319
1. Der Begriff der Gesamtschuldnerschaft	319
2. Das Entstehen der Gesamtschuld	320
3. Der Ausgleich im Innenverhältnis	320
II. Die Gesamtgläubigerschaft	322
1. Der Begriff der Gesamtgläubigerschaft	322
2. Die Gläubigergemeinschaft	322
§ 29 Das Kaufrecht	323
I. Einleitung	324
1. Überblick	324
2. Arten des Kaufes	325
II. Die Gefahrtragung beim Kauf	325
1. Leistungs- und Gegenleistungsgefahr	325
2. Gefahrübergang bei Übergabe der Sache (§ 446)	326
3. Gefahrübergang beim Versandungskauf	327
III. Ansprüche und Rechte des Käufers bei Mängeln der gekauften Sache	328
1. Überblick	328
2. Der Sachmangel im Sinne des § 434	329
3. Der Rechtsmangel (§ 435)	335
4. Die bei Vorliegen eines Sach- oder Rechtsmangels entstehenden Rechte des Käufers	336
5. Kenntnis des Käufers von dem Mangel	346
6. Das Verhältnis der Gewährleistungsansprüche zu anderen Rechtsbehelfen des Käufers	346
7. Die Verjährung	349
8. Die Übernahme einer Beschaffenheits- oder Haltbarkeitsgarantie durch Verkäufer oder Hersteller (§ 443)	352
IV. Besonderheiten beim Handelskauf (§ 377 HGB)	354
V. Die Produkthaftung (Produzentenhaftung)	355
VI. Der Verbrauchsgüterkauf (§§ 474 ff.)	356

1. Überblick	356
2. Der zwingende Charakter der gesetzlich geregelten Käuferrechte	356
3. Die Beweislastumkehr	357
4. Verkürzung von Verjährungsfristen	358
5. Sonderbestimmungen für Garantien (§ 479)	359
6. Der Rückgriff des Unternehmers (§§ 445a, 478)	359
VII. Kaufverträge über digitale Produkte	360
VIII. Fernabsatzverträge (§ 312c) und Außergeschäftsraumverträge (§ 312b)	361
1. Fernabsatz- und Außergeschäftsraumverträge als Verbraucherverträge	361
2. Der Schutz des Verbrauchers	361
IX. Gewährleistungsausschluss und Allgemeine Geschäftsbedingungen	362
1. Überblick	362
2. Einschränkungen der Inhaltskontrolle	363
3. Kein Haftungsausschluss bei Übernahme einer Garantie oder bei arglistigem Verschweigen eines Fehlers oder einer Beschaffenheitsgarantie (§ 444)	363
X. Der Kauf von Rechten, Schutzrechten und sonstigen Gegenständen	364
1. Überblick	364
2. Die Mängelhaftung beim Rechtskauf	365
3. Die Verjährung der Mängelansprüche	369
§ 30 Die Gebrauchsüberlassungsverträge	370
I. Überblick	370
II. Der Mietvertrag	371
1. Überblick	371
2. Die Pflichten von Vermieter und Mieter	372
3. Die Mängelhaftung des Vermieters	373
4. Die Beendigung des Mietverhältnisses	374
III. Die Leihe	375
IV. Der Pachtvertrag	375
V. Der Lizenzvertrag	376
VI. Leasingverträge	377
1. Überblick	377
2. Operating-Leasing	377
3. Finanzierungsleasing	378
§ 31 Der Dienstvertrag	380
I. Überblick	380
II. Der freie (unabhängige) Dienstvertrag	381
1. Überblick	381

2. Folgen der Nicht- oder Schlechtleistung	382
3. Die Kündigung	382
III. Der Behandlungsvertrag	383
§ 32 Der Werkvertrag	384
I. Überblick	384
II. Die Abgrenzung zwischen Werkvertrag und Dienstvertrag	385
III. Besondere Erscheinungsformen des Werkvertrages	386
1. Überblick	386
2. Der Bauvertrag	386
3. Architekten- und Ingenieurverträge	386
4. Der Bauträgervertrag	387
IV. Die Vergütung	387
1. Überblick	387
2. Die Abnahme	388
3. Mitwirkungspflichten	389
V. Die Mängelhaftung des Werkunternehmers	389
1. Überblick	389
2. Der Begriff des Sach- und Rechtsmangels	390
3. Die Rechte des Bestellers bei Mängeln des Werkes	391
4. Der Einfluss der Abnahme auf die Mängelansprüche	393
5. Haftungsausschluss	393
VI. Verjährung der Mängelansprüche	393
VII. Die Anwendung des Kaufrechts auf Verträge die Werkleistungen zum Gegenstand haben	394
VIII. Die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)	396
1. Die Bedeutung der VOB für das Werkvertragsrecht	396
2. Die Gewährleistungsvorschriften der VOB/B und die wesentlichen Unterschiede zu denen des BGB	396
IX. Der Reisevertrag als Unterfall des Werkvertrages	397
§ 33 Auftrag und entgeltliche Geschäftsbesorgung	398
I. Der Auftrag	398
1. Überblick	398
2. Rechte und Pflichten	399
3. Rat, Empfehlung und Auskunft	400
II. Der entgeltliche Geschäftsbesorgungsvertrag (§ 675)	402
1. Überblick	402
2. Der Begriff der Geschäftsbesorgung	402
3. Anwendbare Vorschriften	403
III. Der Zahlungsdienstevertrag als Sonderform des entgeltlichen Geschäftsbesorgungsvertrages	404

1. Überblick	404
2. Der Inhalt des Zahlungsdienstevertrages	404
3. Rechte und Pflichten	404
4. Haftungsprobleme	405
5. Die Zahlung mit einer Kreditkarte	405
§ 34 Die Geschäftsführung ohne Auftrag	407
I. Überblick	407
II. Die berechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	408
1. Die Voraussetzungen	408
2. Rechtsfolgen der berechtigten GoA	409
§ 35 Der Maklervertrag	411
I. Überblick	411
II. Der Maklervertrag	412
III. Der Maklerlohnananspruch	413
IV. Doppeltätigkeit des Maklers (§ 654)	414
V. Der Darlehensvermittlungsvertrag	414
§ 36 Darlehen	415
I. Überblick	416
II. Das Gelddarlehen	416
1. Die wirtschaftliche Bedeutung des Gelddarlehens	416
2. Der Darlehensvertrag	417
3. Der Verbraucherdarlehensvertrag	417
4. Verbundene Verträge	418
III. Das Sachdarlehen (§§ 607 ff.)	419
§ 37 Die Bürgschaft	421
I. Überblick	421
II. Der Bürgschaftsvertrag	422
III. Die selbstschuldnerische Bürgschaft	424
IV. Die Einreden und Einwendungen des Bürgen	424
V. Die Inanspruchnahme des Bürgen	426
VI. Sonderformen der Bürgschaft	426
VII. Die Inhaltskontrolle von Bürgschaftsverträgen	427
VIII. Ähnliche Sicherungsverträge und ihre Abgrenzung zur Bürgschaft	429
1. Der Garantievertrag	429
2. Die Schuldmitübernahme (Schuldbeitritt)	430
§ 38 Vergleich, Schuldversprechen und Schuldanerkennnis	432
I. Der Vergleich	432

II. Das abstrakte Schuldversprechen und Schuldanerkennntnis	433
III. Das deklaratorische Schuldanerkennntnis	434
§ 39 Die ungerechtfertigte Bereicherung	435
I. Die Grundtatbestände der ungerechtfertigten Bereicherung	435
II. Die Leistungskondiktion	436
1. Der Begriff der Leistungskondiktion	436
2. Die Voraussetzungen für das Entstehen eines Anspruchs aus Leistungskondiktion	437
III. Die Bereicherung „in sonstiger Weise“	439
1. Überblick	439
2. Die Eingriffskondiktion	439
IV. Der Inhalt des Bereicherungsanspruches	440
1. Die Herausgabe des Erlangten	440
2. Der Wertersatz	440
3. Der Bereicherungswegfall	441
§ 40 Grundlagen des Sachenrechts	443
I. Regelungsinhalt und Quellen des Sachenrechts	443
1. Die Regelungsinhalte	443
2. Quellen des Sachenrechts	444
II. Grundbegriffe des Sachenrechts	445
1. Sachen	445
2. Dingliche Rechte	445
§ 41 Der Besitz	447
I. Funktion und Schutz des Besitzes	447
II. Arten des Besitzes	448
1. Der unmittelbare Besitz	448
2. Besitzdiener	449
3. Der mittelbare Besitz	449
§ 42 Der Schutz des Eigentums	450
I. Der Herausgabeanspruch des Eigentümers	450
II. Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis	451
III. Der Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch des Eigentümers	453
1. Der Anspruch aus § 1004	453
2. Die analoge Anwendung des § 1004	454
3. Der Inhalt des Anspruchs und seine Durchsetzung	455
IV. Duldung der Beeinträchtigung des Eigentums wegen nachbarrechtlicher Vorschriften	456

1. Überblick	456
2. Die Duldungspflicht für Immissionen	456
§ 43 Erwerb und Verlust des Eigentums an beweglichen Sachen	458
I. Der rechtsgeschäftliche Eigentumserwerb	458
1. Trennungs- und Abstraktionsprinzip	458
2. Der Erwerb des Eigentums vom Berechtigten (Eigentümer)	458
3. Der gutgläubige Erwerb des Eigentums vom Nichtberechtigten	460
II. Der gesetzliche Eigentumserwerb	462
1. Überblick	462
2. Die Verbindung von Sachen mit einem Grundstück	463
3. Die Verarbeitung	464
4. Ausgleichsansprüche	464
§ 44 Sicherungsrechte an beweglichen Sachen und Rechten	465
I. Überblick	466
II. Der Eigentumsvorbehalt	466
1. Überblick	466
2. Der einfache Eigentumsvorbehalt	466
3. Der verlängerte Eigentumsvorbehalt	468
4. Eigentumsvorbehalt und Verarbeitung	469
III. Das Pfandrecht an beweglichen Sachen	470
1. Seine Bedeutung	470
2. Die Verwertung der Pfandsache	471
IV. Die Sicherungsübereignung	472
1. Überblick	472
2. Das Entstehen des Sicherungseigentums	473
3. Die Verwertung	474
V. Das Pfandrecht an Rechten und die Sicherungsabtretung	475
1. Das Pfandrecht an Rechten	475
2. Die Sicherungsabtretung	476
§ 45 Überblick über das Immobiliarsachenrecht	477
I. Der Eigentumserwerb an einem Grundstück	477
1. Überblick	477
2. Das Grundbuch	478
3. Der öffentliche Glaube des Grundbuchs und der gutgläubige Erwerb des Eigentums an einem Grundstück	479
4. Der Grundbuchberechtigungsanspruch (§ 894)	480
5. Der Widerspruch	481
6. Die Vormerkung	481
II. Die Belastung von Grundstücken	483

1. Überblick	483
2. Nutzungsrechte	483
3. Die Reallast	485
4. Das dingliche Vorkaufsrecht (§§ 1094 ff.)	485
III. Grundpfandrechte	485
1. Überblick	485
2. Hypothek und Grundschuld	486
3. Die Bestellung von Hypothek und Grundschuld	487
4. Die Übertragung von Grundpfandrechten	488
5. Die Verwertung der Grundpfandrechte	489
6. Grundpfandrechte ohne Forderung	490
IV. Erbbaurecht und Wohnungseigentum	491
1. Das Erbbaurecht	491
2. Das Wohnungseigentum	492

<i>Anhang: Die Anfertigung eines juristischen Gutachtens</i>	495
<i>Sachverzeichnis</i>	509